

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

6.1.1928 (No. 5)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
straße Nr. 14  
Verantwortlicher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. A. M. E. D.  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatte, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen, die in der Zeitung nicht veröffentlicht werden können, ist die Haftung für die Kosten der Anzeigen, die in der Zeitung nicht veröffentlicht werden können, bei der Abgabe der Anzeigen zu übernehmen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben, falls die Zeitung veräußert, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Der argentinische Außenminister in Berlin

Berichtungen der Reichsregierung

M. Berlin, 6. Jan. (Priv.-Tel.). Zu Ehren des argentinischen Außenministers Gallardo findet heute ein Essen der Reichsregierung statt, wobei die Begrüßungsansprache in Abwesenheit des Reichskanzlers und wegen der Erkrankung des Außenministers der Reichspostminister Schäkel hält. Am Nachmittag findet ein Tee beim Reichspräsidenten statt. Für den Abend war ein Diner beim Reichsaussenminister angekündigt, das auch stattfindet, nur wird Staatssekretär Schubert die Pflichten des noch sehr kranken Außenministers übernehmen.

Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften veranstaltete Donnerstag nachmittag in Berlin zu Ehren des argentinischen Außenministers Dr. Gallardo einen Empfang, an dem zahlreiche Gelehrte, der Chef der Delegation, General Hege, Vertreter des Auswärtigen Amtes, u. a. teilnahmen. In den gehaltenen Ansprachen kam die enge kulturelle Verbundenheit, insbesondere auf wissenschaftlichem Gebiete, recht deutlich zum Ausdruck. Erzählung von Barnad begrüßte den Gast, indem er ausführte, daß er ein Land repräsentiere, das im Laufe des letzten Jahrhunderts außerordentliche wissenschaftliche Leistungen vollbracht habe. In dieser Kulturarbeit seien Deutsche in hohem Maße beteiligt gewesen, die dank einer gastfreien und fürsorglichen Regierung Argentiniens dort eine neue Heimat und einen großen Wirkungsbereich gefunden haben. — Der Minister erwiderte in deutscher Sprache u. a.: Es ist mir sehr angenehm, zum Ausdruck bringen zu können, daß bei Argentiniens Einführung der Wissenschaften Deutschland eine wichtige Rolle zufällt. Es genügt, daran zu erinnern, daß der erste wissenschaftliche Direktor unseres Museums für Naturgeschichte, Dr. Hermann Burmeister, es war, der die Leitung des Museums 30 Jahre hindurch innehatte. Auch die Nationalakademie der Wissenschaften in Cordoba wurde in der Hauptsache durch deutsche Professoren ins Leben gerufen. Ebenso verdankt die Erforschung unserer Flora viel dem Studium deutscher Gelehrter. Auf dem Gebiete der Technik sind die erwähnenswerten Namen so zahlreich, daß ich von deren Nennung Abstand nehmen möchte. Außer diesen unmittelbaren Lehren haben auch die deutschen Bücher und Zeitschriften ganz bedeutend zum Fortschritt der Argentinier beigetragen. Indem ich wünsche, daß die wissenschaftliche Zusammenarbeit sich zum gegenseitigen Nutzen beider Länder künftig noch enger gestalten möge, spreche ich erneut meinen Dank für die mir in Deutschland erwiesene Aufmerksamkeit aus.

Während geben die diplomatischen Vertretungen aller lateinamerikanischen Mächte dem argentinischen Außenminister ein Diner.

### Volkspartei und Reichsschulgesetz

„Tägliche Rundschau“ und „Deutsche Allgemeine Zeitung“ beschäftigen sich eingehend mit der Frage der Lösung des Reichsschulgesetzes, die im Rahmen der Koalition gesucht werden soll.

Die „Tägl. Rundsch.“ schrieb: Bei den internen Besprechungen der Koalitionsparteien, die am kommenden Montag bereits beginnen, wird in der Hauptsache wohl der § 16 des Gesetzes behandelt werden, der über die Schulaufsicht und die Einwirkung in den Religionsunterricht Bestimmungen trifft. Daß hier noch Meinungsverschiedenheiten bestehen, ist aus den Verhandlungen vor der Reichstagspause hinreichend bekannt. Die Deutsche Volkspartei hat ihre grundsätzliche Auffassung über diesen Punkt nicht geändert und wird sie auch nicht ändern. Ob die Möglichkeit besteht, unter der Aufrechterhaltung der beiderseitigen Auffassungen eine mittlere Linie zu finden, werden die Verhandlungen selbst ergeben müssen. Dasselbe gilt für die Simultanlehre, über deren Behandlung die Fraktion der Deutschen Volkspartei ebenfalls auch bestimmte Forderungen aufgestellt hat. Am Schluß eines Artikels schreibt das Blatt ferner: „Wie die „Germania“ als selbstverständlich betont, daß das Zentrum nicht auf die Erträge seines schulpolitischen Programms verzichten werde, so wird die Deutsche Volkspartei wohl ebensowenig bereit sein, grundsätzliche Anschauungen preiszugeben.“

Die „D. A. Z.“ betont, daß für die neuen Verhandlungen innerhalb der Koalition, die sich vor allem um die Frage der Einwirkung in den Religionsunterricht und um die Verhandlungen der Simultanlehre drehen werden, alle Beteiligten den besten Willen zur Mitarbeit mitbringen. Möglichkeiten eines Kompromisses seien durchaus vorhanden, und gerade die tüchtige Abwägung aller Möglichkeiten habe zur Klärung der Lage beigetragen und den Willen zu gemeinsamer Arbeit verstärkt. Sollte das Schulgesetz wider Erwarten scheitern, so wird dem letzteren Blatt zufolge in parlamentarischen Kreisen allgemein die Auffassung des Reichstags, aber keine irgendwelche Umwidmung der Regierung erwartet. Auch in diesem nicht sehr wahrscheinlichen Falle soll unbedingt mindestens der Etat noch erledigt werden.

### Zwischenfall an der polnisch-litauischen Grenze

W.D. Warschau, 6. Jan. (Tel.). Wie aus Wilna gemeldet wird, ist es gestern morgen am Hindes an der polnisch-litauischen Grenze zwischen polnischen und litauischen Grenzwachern zu einer großen Schießerei gekommen. Hierbei ist angeblich ein litauischer Grenzsoldat schwer verletzt bzw. getötet worden. Der Zwischenfall soll dadurch entstanden sein, daß der litauische Grenzsoldat einen Grenzpfahl umgeschlagen hat.

### Letzte Nachrichten

#### Die Berliner Silvesterfeier

M. Berlin, 6. Jan. (Priv.-Tel.). In einer der bekanntesten Pariser Zeitungen, dem „Le Journal“, hat deren Berliner Korrespondent Georges Blun über die Berliner Silvesterfeier einen Bericht veröffentlicht, der unglaubliche Übertreibungen enthält, von wahren Drogen, mit einem Niefenkonsum von Getränken und Schwären, sprach und die Berliner Frauenwelt aufs schwerste beleidigte. Der Bericht, den Berliner Blätter veröffentlichten und kritisierten, hat in der Reichshauptstadt berechtigter Empörung hervorgerufen. Herr Blun hat sich gestern bei dem Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. Schellin, wegen seines Berichts entschuldigt und eine Milderung in seinem Blatt in Aussicht gestellt. Auf Grund der Aussprache wird nun eine Erklärung durch die Telegraphenbüros veröffentlicht, in der aber eigentlich nichts zurückgenommen ist, sondern nur allgemeine Entschuldigungen vorgebracht werden. Man wird nun abwarten müssen, wie Herr Blun seine Zusage hält, daß er im „Journal“ selbst eine Erklärung veröffentlichen werde. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß Blun, der der Vorsitzende des Verbandes der ausländischen Journalisten in Berlin ist, dieses Amt niedergelegt hat.

#### Die französische Zollreform

M. Berlin, 6. Jan. (Priv.-Tel.). Pariser Meldungen zufolge, hat sich der französische Ministererrat gestern mit der Frage der Zollreform beschäftigt, wobei als Grundlage das deutsch-französische Wirtschaftsabkommen vom 17. August 1927 genommen wurde. Man sieht sich dazu um so mehr gezwungen, als das ganze deutsch-französische Abkommen infolge Fehlens eines gültigen Zolltarifs völlig in der Luft schwebt und ein großer Teil der französischen Industrie noch die alten Zollsätze ausnutzt.

#### Die Waffenschlebung nach Ungarn

M. Berlin, 6. Jan. (Priv.-Tel.). Der rumänische Außenminister Duca hat in Vertretung Titulescus dem bulgarischen Vertreter der „B. Z.“ gegenüber erklärt, daß die rumänische Regierung die ungarischen Waffentransporte, falls sich die Mitteilungen darüber bewahrheiten sollten, als eine sehr ernste Angelegenheit betrachten müßte. In diesem Fall würden in Einvernehmen mit der kleinen Entente, gemeinsam mit Prag und Belgrad die notwendigen Schritte bei der Völkerkonferenz, beim Völkerbund, in Budapest selbst unternommen.

#### Die Frage des Anschlusses Walbeds an Preußen

W.D. Willingen (Walbed), 6. Jan. (Tel.). Gestern wurde an den Reichsminister des Innern als zuständige Instanz der Antrag auf Zulassung eines Volksentscheids über die Frage des Anschlusses des Freistaates Walbed an Preußen abgehandelt. Dem Antrag waren 3927 Unterschriften von stimmberechtigten Walbeder Bürgern beigelegt. Bei ca. 33 000 stimmberechtigten Walbedern ist die Zahl der Unterschriften mehr als ausreichend.

#### Polizeibeamte wegen Beschimpfung der Republik verurteilt

W.D. Ratibor, 6. Jan. (Tel.). Ein Polizeihauptmann und sechs Hauptwachmeister, die bei einer Silvesterfeier in der Kantine der Schupfaserne das Hakenkreuzlied gesungen hatten und den Mehrreim mit Pfuirufen bekräftigten, wurden wegen Beschimpfung der gegenwärtigen Staatsform verurteilt, der Polizeihauptmann zu 200 Reichsmark und die Hauptwachmeister zu je 100 Reichsmark Geldstrafe.

#### Die Schweriner Nationalsozialisten klagen in Leipzig

W.D. Schwerin, 6. Jan. (Tel.). Seitens des Vertreters der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei für Mecklenburg-Schwerin, Rechtsanwalt Dr. Frank, München, ist nunmehr die Klage wegen verfassungswidriger Wahlrechtsänderung beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich in Leipzig eingereicht worden.

#### Bildung eines Rechtsblocks in Polen?

W.D. Warschau, 6. Jan. (Tel.). Die von Korfantski und Chacinski geleiteten Christlichdemokraten und die unter der Führung des ehemaligen Ministerpräsidenten Witos stehende große Bauernpartei Piaz haben beschlossen, ein Wahlbündnis einzugehen. Die Christlichdemokraten werden versuchen, diesen Wahlblock im Sinne der Ausführungen des Hirtenbriefes noch nach rechts hin zu erweitern. Es gilt deshalb jetzt die Bildung eines großen Rechtsblocks, der auch die Nationaldemokraten umfassen würde, nicht als ausgeschlossen.

### Wirtschaftliche Umschau

In verschiedenen Ausblicken, die Banken und Industrieorganisationen zum neuen Jahre wie üblich veröffentlichen, wird darauf hingewiesen, daß weiterhin das Absatzproblem der deutschen Industrie noch ungelöst geblieben ist. Die unbefriedigende Entwicklung der deutschen Handelsbilanz mit einer Passivität von mindestens drei Milliarden im vergangenen Jahre, wozu noch zwei Milliarden Reparationsleistungen kommen, zeigt das Hauptproblem der deutschen Wirtschaft. Dabei war namentlich in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres unsere Produktion gut beschäftigt. Die Reichskreditgesellschaft weist jedoch in ihrem letzten Halbjahrsbericht darauf hin, daß drei Fünftel der in Industrie und Handwerk arbeitenden Personen und drei Viertel der zum Antriebe von Arbeitsmaschinen verwendeten Pferdekräfte mit der Herstellung von Investitionsgütern, Erzeugungsmitteln und anderen Anlagewerten beschäftigt wurden. Deutschland ist somit dabei, seine Erzeugungs-, Verkehrs- und auch Verbrauchseinrichtungen auszubauen und zu modernisieren, wodurch einmal seine Konkurrenzfähigkeit gestärkt, zum Teil aber auch, man denke an den Wohnungsbau, innere Lebensnotwendigkeiten für das deutsche Volk geschaffen werden müssen.

Die Forderung, daß nach Möglichkeit auf alle inländischen Anlagen verzichtet werde, die nicht zu einer schnellen Steigerung der Leistung führen, muß als berechtigt anerkannt werden. Wir stehen vor der unerbittlichen Tatsache, daß die deutsche Volkswirtschaft, die bisher mit einem Defizit in der Weltwirtschaft arbeitet, überschüssige herausarbeiten muß. Sie muß die Bedürfnisse des deutschen Volkes, das in bezug auf eine Reihe wichtiger Rohstoffe auf das Ausland angewiesen ist, decken, muß Devisen schaffen zur Verzinsung und Abtragung der Auslandsschulden und muß schließlich die Reparationen aufbringen. Die Übergangszeit, in der wir in der bisherigen Weise fortwirtschaften können, ist beschränkt, die Herbeiführung des Ausgleichs unbedingtes Gebot. Möglichkeiten hierzu gibt es. Zunächst sind wir durch die Fortschritte der Chemie imstande, uns im steigenden Maße von der ausländischen Rohstoffeinfuhr unabhängig zu machen. Durch die Kohleverbrennung kann in steigendem Umfang die Einfuhr von Erdöl und Erdölprodukten verringert werden. Man ist auf dem Wege, Zellulose aus Buchenholz herzustellen, wodurch wir von der Papierholzeinfuhr unabhängiger werden und auch ein rationelles Verfahren zur Herstellung von brauchbarem künstlichen Kautschuk soll gefunden sein. In der Herstellung von Fasertoffen sind wir gar wohl imstande, uns zunächst von der ausländischen Kunstfaserinfuhr unabhängig zu machen, und es sind Möglichkeiten vorhanden, durch dieses Kunstprodukt zum Teil auch andere Fasertoffe zu ersetzen. In der Düngemittelfuhr haben wir uns durch den synthetischen Stickstoff bereits vom Ausland (Chilipalpet) unabhängig gemacht. Im Verein mit unserer Kaliproduktion, der bei weitem größten der Welt, sind wir durch die neuen Mischdünger daran, das bedeutendste Ausfuhrland für diese der Landwirtschaft unentbehrlichen chemischen Produkte zu werden. Das schwierigste Problem ist wahrscheinlich das, dem beschränkten deutschen Boden mehr Nahrungsmittel zu entziehen und die deutsche Landwirtschaft ertragreicher zu gestalten. Hier darf nicht vergessen werden, daß wir allein mit den verlorenen Agrarprovinzen Westpreußen und Posen ein Fünftel unserer Roggen- und Kartoffelproduktion eingebüßt haben.

Industriell produzieren wir bereits mehr als vor dem Krieg innerhalb des heutigen Reichsgebietes erzielt wurde, aber wir arbeiten, wie gesagt, vorwiegend für inländische Anlagen und den Inlandkonsum. Das ergibt sich auch aus den Mitteilungen unserer Exportindustrien. So berichtet z. B. unsere Pforzheimer Schmuckwarenindustrie über eine teilweise sehr gute Beschäftigung im vergangenen Jahre, aber der Export nach dem Ausland betrug nur die Hälfte des Exports in der Vorkriegszeit. Auch die deutsche Uhrenindustrie, die jährlich für 50 Mill. Reichsmark deutsche Uhren nach dem Ausland ausführt, während für 20 Millionen eingeführt werden, ist auf den vermehrten Export angewiesen, denn eine tägliche Erzeugung von 50 000 Uhren aller Art ist anders nicht aufrechtzuerhalten. Besonders über Schwierigkeiten der Ausfuhr und die starke Konkurrenz des Auslands klagt die

deutsche Textilindustrie in fast allen ihren Zweigen. Hier sind überall die Zollmauern sehr hoch. Englands Dominanz haben sogar ihre Erzeugung so gesteigert, daß des Mutterlandes, England, gewaltige Textilindustrie, sich in ernstester Lage befindet. Auch die deutsche Montanindustrie arbeitet überwiegend für den Innenmarkt. Besser sind die Aussichten in der eisenverarbeitenden Industrie, wo ein unbegrenztes Feld von Möglichkeiten vorhanden ist. Das zeigen u. a. die großen deutschen Lokomotivlieferungen nach Südafrika. Auch für die elektrische Industrie sind mancherlei Möglichkeiten gegeben. Sehr langsam gewinnt die gleichfalls in Baden stark vertretene deutsche Automobilindustrie im Ausland Boden, immer noch nimmt aber die Einfuhr ausländischer Automobile nach Deutschland zu. Weiter sei erwähnt, daß die deutsche Bierausfuhr noch nicht einmal die Hälfte der Vorkriegsausfuhr erreicht hat, woran allerdings die Trockenlegung Amerikas sehr viel Schuld trägt. Einst war der Kohlenabsatz nach dem Ausland einer unserer wichtigsten Aktivposten. Heute kämpft die deutsche Kohlenproduktion schwerer wie je mit der englischen, von ihrer Regierung auf jede Weise unterstützten. Man hat auch wenig Hoffnung auf eine Verständigung über den beiderseitigen Anteil am Weltkohlenmarkt. Die deutsche Kaliproduktion hatte ein Rekordjahr. Neben dem Inlandsabsatz ist auch der Auslandsabsatz erheblich gestiegen. Gut scheinen die Aussichten der deutschen Schiffahrt, die uns, ohne daß das in der Handelsbilanz zum Ausdruck kommt, fremde Devisen schafft. Mit der Rückgabe des deutschen Eigentums in Amerika, die im Laufe des Jahres zu erwarten ist, würde uns in größerem Umfang wieder deutsches Kapital zufließen.

Die Bildung von Inlandskapital aber ist in Verbindung mit dem Suchen nach Absatzgebieten für die Produktion die deutsche Lebensfrage. Die Verschuldung an das Ausland hat ihre natürlichen Grenzen, die sich eben dadurch schon ankündigen, daß Transferschwierigkeiten die bekannten Auseinandersetzungen zwischen dem Reichsbankpräsidenten und den Gemeinden verursachen. Es kam zu der Störung der Versorgung mit Kapital, die auch an dem Neuansteigen der Arbeitslosenziffer ihre Schuld trägt. In diesen Tagen hat die Firma Benz in Mannheim neue Einschränkungen der Arbeitszeit und Entlohnungen verfügt, die damit begründet werden, daß von den Banken weiterer Kredit nicht zu erhalten sei. In diesem Falle handelt es sich freilich nicht um eine Sondererscheinung, denn auf allen Gebieten lähmt der Kapitalmangel und die Geldverteuerung die Unternehmungskraft. Mit besonderer Sorge sieht man der Entwicklung des Wohnungsbaues im kommenden Jahr entgegen, von der die Beschäftigung im kommenden Jahr abhängt. Preußen will nun auch neue Verträge, die Bedenken zu überwinden, die der Verwendung von Auslandskapital für den Wohnungsbau entgegenstehen. Deutsches Kapital, dessen Neubildung unserer Wirtschaft sicher bessere Grundlagen geben wird, wird nicht nur im Inland, sondern vor allem im Ausland durch Anwachsen deutscher Auslandsguthaben gebildet, was aber wiederum nicht ohne vermehrten Export denkbar ist.

### 6. internationale Privatrechtskonferenz

Im Friedenspalast im Haag wurde Donnerstag nachmittag die sechste internationale Privatrechtskonferenz vom holländischen Außenminister in Anwesenheit von Konferenzteilnehmern aus 22 Ländern eröffnet. Als offizielle Vertreter der deutschen Regierung nahmen an den Arbeiten der Konferenz teil: Ministerialrat im Reichsjustizministerium Geh. Reg.-Rat Dr. Holtmar, Universitätsprofessor Dr. Reumeyer, München, und Gesandtschaftsrat Dr. Wisk. Zum Vorsitzenden der Tagung wurde der frühere Präsident des ständigen internationalen Gerichtshofes und jetzige Mitglied des Gerichtshofes, Dr. Verber, gewählt.

Der Katholikentag in Magdeburg. Auf Beschluß des Zentralkomitees der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, das am Mittwoch in Frankfurt tagte, findet laut „Germania“ die diesjährige Vertretertagung der katholischen Organisationen mit einem Katholikentag vom 6. bis 9. September in Magdeburg statt. Auf dem letzten Katholikentag in Dortmund hatte das Zentralkomitee gebeten, ihm bezüglich der Wahl des Ortes der nächstjährigen Generalversammlung freie Hand zu lassen. Die Wahl zwischen München-Gladbach, Nürnberg und Magdeburg ist zugunsten Magdeburgs ausgefallen.

Neue Verhaftung in Straßburg. Wie Savas aus Straßburg berichtet, hat die Polizei den stellvertretenden Sekretär des Schutzbundes des Heimatsbundes, den 20jährigen Handlungsgehilfen Naef, Sohn eines früheren französischen Polizeipräsidenten, verhaftet — Abbe Bemb, der gemeinsam mit dem flüchtigen Pastor Dirbel die „Zukunft“ gegründet hat, hat an die Zeitungen ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt, er gehöre nicht zur Autonomistischen Partei und er wisse nichts von einem zukünftigen elsass-lothringischen Ministerium, dem er, wie man behauptet habe, angehören sollte.

Die Parlamentsarbeiten in Frankreich. Der französische Innenminister Sarraut erklärte nach Schluß des Kabinettsrates am Donnerstag, die Regierung würde in der Kammer beantragen, nach Wiederausbruch des Parlamentes das Restruktionsgesetz und das Mietgesetz zu erörtern. Nach Verabschiedung dieser beiden Gesetze würde die Regierung bereit sein, in der Kammer die große Debatte über die Finanzlage aufzunehmen. Zum Schluß betätigte der Innenminister noch, daß nach seiner Ansicht die Wahlen sehr wohl am 22. und die Stichwahlen am 29. April stattfinden könnten.

Starke Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche in England. Man meldet, daß die Maul- und Klauenseuche sich fast über ganz Nordengland ausgebreitet hat. Auf Anordnung des Landwirtschaftsministers wurden zahlreiche Viehmärkte geschlossen. Im ganzen wurden 3947 Ochsen und Kühe, 2509 Schafe, 1717 Schweine abgeschlachtet. Man schätzt die Höhe des Gesamtschlachtes, welchen die Regierung den Bandwirten ersehen muß, auf 101 810 Pfund Sterling.

## Politische Neuigkeiten

### Keine Weltschuldskonferenz

Die Washingtoner Meldung des „Journal of Commerce“, wonach das State Department beabsichtige, nach den französischen Wahlen eine Finanzkonferenz zur Regelung der Schulden- und Reparationsfragen einzuberufen, wird jetzt in Washington als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnet. Die amerikanische Regierung denke nicht daran, vor Ablauf der gegenwärtigen Präsidentschaftsperiode diese Frage anzuschneiden. Staatssekretär Mellon schloß sich diesem Dementi des Staatssekretärs Kellogg an und bezeichnete die Meldung als Unsinn. Einer der Verfasser des Dawesplanes hat einem Vertreter der „Associated Press“ ein Interview gewährt, in dem er u. a. erklärte: Die Festsetzung der deutschen Gesamtschuld ist im Dawesplan ausdrücklich vorgesehen. Kein vernünftiger Mensch glaubt, daß Deutschland die 33 Milliarden Dollars Kriegsschuld je aufbringen kann. Dieses Problem beharf des Studiums zahlreicher internationaler Konferenzen und die Lösung der Genehmigung durch die Parlamente dieser Staaten. Wie Parter Gilbert richtig ausgeführt hat, sind hierfür die alliierten Gläubiger allein zuständig. Amerika hat damit nichts zu tun.

### Der geplante Friedenspakt

Aus Washington wird gemeldet, daß die Verhandlungen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten zur Lösung des Krieges lebhaftes Interesse in England hervorgerufen. Man fragt sich, ob allgemeine Abkommen gegen den Krieg aus den jetzigen Verhandlungen hervorgehen werden. Während Briand Vorschlag einen Vertrag zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten zur Lösung des Krieges vorlegt, zielt Kelloggs Vorschlag auf den Abschluß eines Vertrages ab, durch den auf den Krieg verzichtet wird und dem alle Nationen der Welt beitreten könnten. Kelloggs Vorschläge gingen also weiter, als die Briands. Durch diese werde auch ein französisch-amerikanisches Bündnis entstehen, wodurch eine privilegierte Stellung Frankreichs geschaffen würde.

Briand erklärte in seiner Antwort auf die Note Kelloggs: Wenn der jetzt von Washington vorgeschlagene Vertrag vielseltigen Charakter haben sollte, so bedürfte er sorgfältiger Prüfung, damit die Rechte und Pflichten der dem Völkerbund angehörenden Nationen nicht beeinträchtigt würden. Briand soll auch eingehendere Informationen über die Form erbeten haben, in der der Schiedsvertrag erneuert werden soll und über die Lage, die im Falle der Nichtratifizierung dieses Vertrages durch den Senat der Vereinigten Staaten entstehen würde.

W.V. Paris, 6. Jan. (Tel.) „Oeuvre“ will eine Bestätigung dafür besitzen, daß vielleicht in acht Tagen der Schiedsgerichtsvertrag mit Amerika (das Blatt nennt ihn den Pakt für ewige Freundschaft) von Frankreich und den Vereinigten Staaten unterzeichnet werden würde.

### Die Wahrung des Fernsprechgeheimnisses

Zu Meldungen Berliner Blätter über Überwachung des Fernsprechverkehrs teilt die Reichspost mit: Die „Welt am Abend“ behauptet, daß die Reichspost eine politische Überwachung des Fernsprechverkehrs zulasse und diese Überwachung noch auszudehnen und zu vervollkommen beabsichtige. Reichspost entspricht nicht den Tatsachen. Das Fernsprechgeheimnis ist unverletzt. Danach verfährt die Reichspost. Eine Überwachung des Fernsprechverkehrs durch politische Behörden, aber auf deren Antrag, durch die Deutsche Reichspost findet nicht statt. Die Apparate, die die „Welt am Abend“ in ihrem Artikel erwähnt, deren Einrichtung und Bedienung sie aber unrichtig schildert, sind Vorrichtungen der Reichspost selbst, die auf jedem größeren Amt vorhanden sein müssen, um festzustellen, wie der Betrieb abgewickelt wird, namentlich ob die Gespräche richtig geführt werden.

### Die Renten der Standesherren

Die Fürsten Salm-Salm, Salm-Horstmar und der Herzog von Arenberg haben gegen den preussischen Staat Klage angehängt und eine Aufwertung ihrer Renten gefordert. Ihre Ansprüche gingen erheblich über eine 100prozentige Aufwertung hinaus. Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ erfährt, hat sich der preussische Finanzminister Dr. Hüpper-Abschiff veranlaßt gesehen, namentlich mit sofortiger Wirkung die Abschlagszahlungen zu sperren, die an die fürstlichen Renteneinpänger seit 1923 gezahlt worden sind. Ebenso hat der preussische Finanzminister die Abschlagszahlungen für diejenigen Standesherren gesperrt, deren Renten u. a. auf Leibeigenschaften und ähnlichen Renten fußten.

### Die Einlösung der Markprioritäten in der Tschecho-Slowakei

Deutschland hat in Prag in der Frage der Einlösung der Markprioritäten durch die Tschecho-Slowakei Protest erhoben.

Gegenüber Ausführungen der tschechischen Presse wird deutscherseits offiziell mitgeteilt, daß die Überreichung der deutschen Protestnote nur das letzte Glied in der Kette einer sich durch Jahre hinziehenden Aktion darstellt, in welcher der reichsdeutscher Seite Verhandlungen mit der Tschecho-Slowakei immer wieder gefordert wurden. Die tschechische Regierung hat sich jedoch diesen Verhandlungen verschlossen, da sie die Gegenargumente zu fürchten schien. Auch die Unterstellung eines seitens irgendeiner reichsdeutschen Spekulantenengruppe ausgeübten Druckes in dieser Frage muß mit Rücksicht auf die jahrelange Dauer der Aktionen entschieden zurückgewiesen werden. Der tschechische Gesandtschaftsvertrag verstoß gegen die international geltenden Grundsätze des bürgerlichen Rechts, indem er hypothetisch festgestellte Schulden entwertet, sowie gegen den Wortlaut des Friedensvertrages, nach welchem die Tschecho-Slowakei die festgestellten Schulden zu übernehmen hat, sobald sie die Objekte selbst übernimmt. Schließlich verstoß der Gesandtschaftsvertrag gegen die Prinzipien von Treu und Glauben. Bei einer gerechten Beurteilung der Verhältnisse müßte man in der Tschecho-Slowakei die Markprioritäten in gleicher Weise beurteilen, wie die reichsdeutschen Industrieobligationen beurteilt werden, wobei man zu einem Aufwertungssatz von 25 Proz. kommen würde.

### Die italienisch-jugoslawischen Verhandlungen

Nach einer Meldung der Belgrader „Politika“ aus Rom haben die in Belgrad geführten Verhandlungen über den zwischen Italien und Jugoslawien am 27. Januar 1924 abgeschlossenen Pakt von Rom, der u. a. einen Freundschaftsvertrag beider Staaten enthält, und dessen Kündigungsfrist in diesem Monat abläuft, das Ergebnis gehabt, daß der Pakt nicht gekündigt wurde. Man sei sogar der Ansicht, daß die bisherigen Unterredungen die weitere Entwicklung der italienisch-jugoslawischen Beziehungen günstig beeinflussen werden. Es sei möglich, daß die zwischen dem jugoslawischen Außenminister Marinkowitsch und dem italienischen Gesandten Bobroer geführten Verhandlungen weitgehende Bedeutung haben werden. Positive Ergebnisse sollen erzielt worden sein, weshalb es nicht ausgeschlossen sei, daß zwischen Marinkowitsch und Marinkowitsch in naher Zukunft eine Zusammenkunft stattfinden werde.

## Kurze Nachrichten

Stresemanns Erkrankung. Zu den Meldungen über die Erkrankung des Reichsaußenministers Dr. Stresemann wird der „Germania“ erklärt, daß es sich um einen Bronchialkatarrh mit starker Affektion der oberen Luftwege handle. Hierdurch ist der Außenminister gezwungen, für die nächste Zeit das Bett zu hüten.

Prof. Dr. Philipp Born. In Ansbach ist nach längerer Krankheit der Geh. Justizrat und Prof. der Rechte Dr. Philipp Born verstorben. Prof. Philipp Born, ein geborener Bayer, hatte zuletzt an der Bonner Universität eine Professur inne. Er ist 78 Jahre alt geworden. Als er 1899 deutscherseits zur ersten Friedenskonferenz nach dem Haag geschickt wurde, hat er gegen die Instruktion der Berliner Regierung für den Schiedsgerichtsgedanken Stellung genommen.

Universitätsprofessor Dr. Ludwig Miltz. Der Direktor des Mineralogischen Instituts in Breslau, Professor Dr. Ludwig Miltz, ist im Alter von 60 Jahren infolge eines Schlaganfalls gestorben.

Fasnachtsveranstaltungen in Württemberg. Das württembergische Innenministerium hat einen Erlaß herausgegeben, wonach für Faschnachtsveranstaltungen jeder Art vor dem 28. Januar weder Erlaubnis noch Polizeistundenverlängerung, noch die erforderliche Erlaubnis zum Aufziehen erteilt wird. Eine weitere Verordnung verbietet für das Jahr 1928 jedes Faschnachtsreiben auf öffentlichen Straßen und Plätzen.

Die französischen Dokumente betr. die Kriegsschuld. Savas berichtet, daß der Ministerat den Vorschlag des Außenministers auf Einsetzung eines Ausschusses zur Veröffentlichung der Dokumente betr. die Kriegsschuld gebilligt habe. Der Ausschuß besteht aus 44 Persönlichkeiten, darunter 24 Historikern, 14 Fachleuten und 6 Diplomaten u. d.

Starke Bevölkerungszunahme Roms. Nach offiziellen Mitteilungen beträgt gegenwärtig die Bevölkerung Roms 845 000 Personen; sie nimmt jährlich um etwa 40 000 Einwohner zu, wovon etwa 8000 auf den Geburtenüberschuß entfallen, der Rest auf Zuwanderung vom Lande.

Spanien feiert seinen Budgetüberschuß. Das spanische Kabinett hat beschlossen, daß alle auf den Pfandleihanstalten in Spanien verbleibenden Kleidungsstücke auf Staatskosten ihren Besitzern zurückgegeben werden sollen, sofern ihr Wert 25 Peseten nicht übersteigt. Die Regierung will mit dieser Maßnahme den glücklichen Budgetschluß des Jahres 1927 feiern.

Rumänische Politiker auf der Reise nach Bringen Carol. Die Agentur Savas meldet aus Genf die Durchreise hervorragender rumänischer Politiker, die sich nach Paris begeben wollen, um mit dem Prinzen Carol über seine eventuelle Rückkehr nach Rumänien zu verhandeln.

## Verschiedenes

### Die Berliner Explosionskatastrophe

W.V. Berlin, 6. Jan. (Tel.) Die Aufräumarbeiten an der Unglücksstelle in der Landsberger-Allee, die von der Feuerwehr und der Schupo ausgeführt werden, wurden in der vergangenen Nacht ununterbrochen fortgesetzt. Die Zahl der geborgenen Leichensopfer ist auf 18 gestiegen. Es werden noch etwa 7 Personen vermisst.

Die Kriminalpolizei hat bereits eine Reihe von Zeugen vernommen. Zu den Untersuchungen ist auch der Gerichtsarzt, Med.-Rat Dr. Strömer, zugezogen. Es soll versucht werden, aus Blutproben festzustellen, ob die tödlich verunglückten durch Gas, Ammoniak oder durch die starke Staubeinwirkung infolge der Explosion umgekommen sind. An Stelle der gestern abend zurückgezogenen Kolligationsarbeiten hat der städt. Schlachthof 60 Arbeiter zur Verfügung gestellt, die sich an den Aufräumarbeiten beteiligen. Die Feuerwehr wird ihre Aufräumarbeiten erst dann einstellen, wenn zuverlässig festgestellt, daß keine weiteren Opfer mehr sich unter den Trümmern des eingestürzten Hauses befinden.

### Unschuldig hingerichtet?

Die deutsche Liga für Menschenrechte hat an den Oberstaatsanwalt beim Landgericht Neu-Strelitz den Antrag auf Wiederaufnahme der Strafsache gegen den russischen Arbeiter Josef Jakubowski gestellt, der 1925 zum Tode verurteilt und hingerichtet worden war. Der Anwalt erklärte, daß die Großmutter des Kindes Ewald Roges, dessen Tötung dem Verurteilten zur Last gelegt worden war, die Witwe Roges auf dem Sterbebette gestanden habe, selbst das Kind umgebracht zu haben. Die Großmutter gibt an, von diesem angeblichen Gesandnis nichts zu wissen. Dem „V. Z.“ zufolge ist das Wiederaufnahmeverfahren von der Staatsanwaltschaft eingeleitet worden.

### Ein Schulrat zu Gefängnis verurteilt

W.V. Greifswald, 6. Jan. (Tel.) Der frühere Schulrat Riffau aus Grimmen wurde gestern von dem Erweiterten Schöffengericht wegen schwerer Urkundenfälschung mit Betrugsvorwurf zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Riffau hatte seinerzeit die ihm in Rechnung gestellten Arztnotare für die Behandlung seiner Tochter in der Greifswalder Universitätsklinik eigenmächtig erköstet und in einem Fall die Unterschrift des Arztes gefälscht. Es handelt sich um eine Summe von ca. 740 Reichsmark. Ein Haftentlassungsantrag wurde abgelehnt.

### Konkurs einer holländischen Bank

W.V. Amsterdam, 6. Jan. (Tel.) Über die Beendigung des Hypothekendarlehen, die ihren Sitz sowohl in Amsterdam als auch in Silbersum hatte, ist gestern vom Amtsgericht Amsterdam das Konkursverfahren eröffnet worden. Das Defizit soll mehrere Millionen Gulden betragen. Im Zusammenhang damit ist gegen die verantwortlichen Persönlichkeiten des Verwaltungsrates ein Strafverfahren wegen betrügerischen Bankrotts eingeleitet worden. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Kortewer, konnte gestern noch im Haag verhaftet und nach Amsterdam übergeführt werden. Gegen den Direktor Wöring und zwei frühere Direktoren der Bank ist ein Haftbefehl erlassen worden.

### Ein belgisches Schulschiff gestrandet

W.V. New York, 6. Jan. (Tel.) Die Radiostation Palmbeach hat Signale des belgischen Schulschiffes „L'Amir“ aufgenommen, das bei der mittleren Gruppe der Bahama-Inseln gestrandet ist.

### Neue unbekannte Epidemie in Rußland

Nach einer Blättermeldung aus Moskau ist im Bezirk Wrobusch in Weißrußland eine bisher unbekannte Epidemie ausgebrochen, die sich außerordentlich rasch ausbreitete und schon mehr als 20 Todesopfer gefordert hat. Die Krankheit äußert sich im Anschwellen des Gesichtes, der Hände und Füße und hohem Fieber. Da keinerlei Gegenmittel gegen die neue Krankheit bekannt sind, nimmt die Epidemie immer weiter zu.

# Badischer Teil

## Badischer Landtag

Öffentliche Sitzung des Badischen Landtags

am Donnerstag, den 19. Januar, vormittags 10 Uhr.

Die Tagesordnung lautet:

- I. Mitteilung der Eingänge.
- II. Begründung und Beantwortung der förmlichen Anfragen der Abg.
  1. D. Rager-Karlsruhe u. Gen., die badische Schulverfassung und der Reichsschulgesetzentwurf (Druck. Nr. 4).
  2. Dr. Mattes u. Gen., Reichsschulgesetzentwurf (Druck. Nr. 11).
  3. Obkircher u. Gen., Eröffnung der Lehrerbildungsanstalten Freiburg und Heidelberg auf Ostern 1928 (Druck. Nr. 36).
  4. D. Rager-Karlsruhe u. Gen., Stahlhelm und Reichsbanner (Druck. Nr. 37).
  5. Bauer u. Gen., Zugehörigkeit von Schülern zur Reichsbannerorganisation (Druck. Nr. 38).
  6. Kühn u. Gen., Ferngasversorgung (Druck. Nr. 23).
  7. von Au u. Gen., Förderung der Wohnungszwangswirtschaft (Druck. Nr. 31).
  8. Reichhof u. Gen., Grunde- und Hausbesitzerverein Mannheim (Druck. Nr. 39).

Weitere Gegenstände vorbehalten nach dem Ergebnis der Ausschussarbeiten.

## Die Amerikaspende für die Heidelberger Universität

Die Nachricht von der 1,6 Millionen-Spende für den Neubau des Hauptgebäudes der Heidelberger Universität hat in Heidelberg allenfalls große Begeisterung und Freude hervorgerufen. Die Regierung will bekanntlich das Hauptgebäude an seinem alten historischen Platz belassen und in nächster Nähe eine Reihe baulicher Erweiterungen und Verbesserungen durchführen. Durch die Niederlegung mehrerer Privathäuser in der Augustinergasse und in der Schulgasse soll die Erstellung eines geräumigen Hörsaalbaues ermöglicht werden. Der derzeitige Rektor, Prof. Dr. Dibelius, erklärte der Schriftleitung des „Heidelberger Tageblattes“ u. a.:

Dadurch, daß der Vorkämpfer Schürmann (der übrigens auch nach Ablauf seiner Studienzeit wiederholt in Heidelberg weilte) sich jetzt öffentlich in seinem Lande für den Bau einsetzt, tritt dieser Plan plötzlich in die breitere Öffentlichkeit und werde international als dringend anerkannt. Auch das sei eine große Hoffnung für Heidelberg, daß nun endlich die seit zwei Jahrzehnten notwendigen baulichen Verbesserungen zum glücklichen Ziele geführt werden. — Der mit dem Vorkämpfer eng verbundene bekannte Anglist der Hochschule, Prof. Dr. Hoops, erinnerte daran, daß schon vor einem Jahre es durch eine bedeutende amerikanische Stiftung möglich gemacht werden konnte, das Studentenheim am Heumarkt, das frühere Gasthaus „Goldenes Hof“ anzukaufen. Die Mittel von 94 000 M., sowie nachträglich weitere Spenden, wurden von den Herren Sibley in Rochester gegeben. — Oberbürgermeister Walz äußerte der Schriftleitung des genannten Blattes gegenüber die große Freude der Stadtverwaltung über die Tat Schürmanns, zu der man sich in Heidelberg nur beglückwünschen dürfe. Es sei das erstemal, daß das amerikanische Volk eine deutsche Stadt in solcher Weise auszeichnet. Der Oberbürgermeister hat die große Freude, die er mittags durch Rundfunk empfing, in der Mittwochs-Sitzung des Stadtrates sofort bekanntgegeben. — Sehr erfreut hat sich ferner der badische Minister des Kultus und Unterrichts, Peers, über die Schenkung ausgesprochen, die für die Heidelberger Universitätsbaupläne von erheblicher Bedeutung werden könne.

Die gesamte Heidelberger Presse gibt dem aufrichtigen Danke an die Amerikaner, vor allem an Vorkämpfer Schürmann, für die hochherzige Tat und die dadurch dem deutschen Volke bewiesene freundschaftliche Gesinnung Ausdruck. Weiter wird mitgeteilt, daß ein Gesamtbetrag von 400 000 Dollar aufgebracht wird. Die Stifter gedenken dabei in dankbarer Anerkennung der wertvollen Dienste, die die Universität Heidelberg für die geistige Ausbildung vieler Hundert amerikanischer Studenten geleistet hat.

## Präsident Lämmlein-Karlsruhe über den Stuttgarter Sender

Zum Jahreswechsel haben der Süddeutsche Rundfunk A.G. in Stuttgart u. a. der Rundfunk-Kommissar des Reichspostministers, Staatssekretär a. D. Dr. Wredow, in Berlin, sowie der Präsident der Oberpostdirektion Stuttgart, v. Metzger, und der Präsident der Oberpostdirektion Karlsruhe, Lämmlein, ihre Glückwünsche übermittelt. Präsident Lämmlein, Karlsruhe, sandte nachfolgendes, mit einem Bild und Ausblick über die Entwicklung des Rundfunks verbundenen Glückwunsch:

„Als vor einem Jahr der Degerlöcher Sender aus der Taufe gehoben wurde, hatte ich die Ehre, einige Worte der Begrüßung an den Tausling, die Paten und die ganze Rundfunkgemeinde der Schwaben, Franken und Alemannen zu richten. Die Wünsche und Hoffnungen, denen ich damals Ausdruck verlieh, haben sich inzwischen in reichem Maße erfüllt. Der Südfunk hat sich während des letzten Jahres kräftig entwickelt; er hat sich mächtig gereicht und dehnt und streckt sich noch weiter von Tag zu Tag. Dieses Gedeihen zu beobachten und zu verfolgen, ist mir stets eine besondere Freude gewesen. An der Wende des Jahres geht mein Wunsch dahin, daß die bisherige erfreuliche Entwicklung auch in neuen Jahren anhalte und daß der Kreis der Rundfunkhörer, die sich nach des Tages Paß und Mühe in den stillen Abendstunden um den Degerlöcher Sender lagern, im neuen Jahre noch größer und dichter werde. Möge der Stuttgarter Sender auch weiterhin eine Quelle des Segens sein für uns alle.“

## Kraftwerke Rhyburg-Schwörstadt A.G.

In der am Donnerstag in Basel stattgefundenen Generalversammlung der Kraftwerke Rhyburg-Schwörstadt A.G., in der 29 970 Aktien vertreten waren, wurde der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung genehmigt und der Verwaltung Entlastung erteilt. Die bisherige Kontrollstelle wurde einstimmig wiedergewählt. Der Geschäftsbericht enthält die Gründungsgeschichte der Gesellschaft, deren wesentlichen Konzessionen über die Rhybarmachung der Staustufe bei Rhyburg-Schwörstadt bilden. Die Bauarbeiten sind programmäßig vorangeschritten. Die Vergütung der Arbeiten und Lieferungen hat entsprechend den Konzessionsbestimmungen etwa je zur Hälfte an deutsche und schweizerische Unternehmen stattgefunden. Auf das Aktienkapital von 80 Millionen Schweizer Franken sind bisher 30% einbezahlt worden.

## Von der Murgtalbahn

Von Klosterweidenbach bis Röt (etwa 8 Kilometer) sind schon die Eisenbahnschienen verlegt. Seit einigen Tagen wird diese Strecke von den Materialzügen befahren. Die Arbeiten gehen auf der ganzen Strecke vorwärts.

## Die Redarschiffahrt im November 1927

Mit der kürzer werdenden Tageszeit ging die aus Mannheim berichtete, auch die Leistung der Redarschiffahrt zurück, die durch das vier Tage währende Hochwasser Mitte des Monats noch weiter beschränkt wurde. Die zur Beförderung angewiesenen Ladungen konnten aber, wenn auch teilweise mit größerer Verzögerung, befördert werden. Von Mannheim gingen 25 Schleppzüge mit 99 Fahrzeugen ab, von denen 20 mit Gütern, 53 mit Kohlen nach Heilbronn, 14 mit Kies nach Heidelberg und 12 leer nach Jagstfeld zum Salzladen bestimmt waren. Zu Tal nach Mannheim wurden ab Heilbronn und Jagstfeld 75 Rähne mit Steinsalz, 3 mit Gütern, 5 mit Backsteinen und 2 mit Bruch- und Gipssteinen, letztere von Zwischenstationen abgefertigt.

## Landesverband reisender Gewerbetreibender Badens

Der Landesverband reisender Gewerbetreibender Badens, die Interessenvertretung des Wandergewerbes, tagte in Mannheim. Als Vertreter der Regierung nahm Regierungsrat Lafontaine an den Verhandlungen teil, sowie die Delegierten von Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Pforzheim, Offenburg, Lahr und den Nachbargruppen aus Darmstadt, Worms und Ludwigshafen.

Nach den Ausführungen des Verbandsleiters sei angesichts der Gewerbenovelle und neuer Einschränkungen ein Kampf um die Existenz zu erwarten. Die vielen Auswüchse im Masseverkehr und Käuferhandel haben immer erneute Anträge auf Einschränkung des Wandergewerbes verursacht. Die Referate hatten Beschwerden im Eisenbahntransportwesen, Lufttarifsteuern und andere Steuerfragen, sowie die Ausländerfrage zum Gegenstand.

In Anwesenheit des Delegierten für das Wandergewerbe bei der Mannheimer Polizeidirektion, Regierungsrat Lafontaine, wurde sodann über die Anträge verhandelt, die auf eine Klarstellung abzielten, wie es sich in Baden mit dem Auswüchsen von Waren verhält. Es müsse entweder allen erlaubt, oder ausnahmslos verboten werden. Auch der Antrag, nur den Inhabern von Wandergewerbescheinen oder Erlaubnisscheinen den Straßenhandel an Fastnacht, Weihnachten, Neujahr usw. zu gestatten, fand einstimmige Zustimmung. Der vom Referenten Martin, Mannheim, erläuterte Antrag auf Einleitung von Verhandlungen mit dem Ministerium des Innern zwecks Gründung einer Wandergewerbestammer mit Anschluss an die Handelskammer zur wirksameren Vertretung der Berufsinteressen fand lebhafteste Zustimmung. Man verlor aber nicht, daß die finanzielle Lage die Schaffung einer solchen öffentlich-rechtlichen Stelle vorläufig, von anderen Fragen abgesehen, zu erheblichen Schwierigkeiten für die Organisation führen werde, so daß man sich vorläufig wohl mit dem Bestreben begnügen müsse, wie das in Mannheim schon geschehen, in eine engere Verbindung mit dem Syndikat der Handelskammer zu treten, damit bei Fragen, die das Wandergewerbe betreffen, die Führer der Organisation gutachtlich gehört werden. Ein weiterer Antrag beschäftigte sich mit dem Käuferhandel durch Ausländer. Das strikte Verbot für Ausländer ist hier auf Grund der Versailles-Friedensverträge nicht durchführbar.

Aus den alsdann folgenden Punkten der Tagesordnung ergab sich die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes und die Festsetzung der nächstjährigen Verbandstagung wiederum in Mannheim aus Anlaß der dann stattfindenden 25jährigen Jubiläumstafel der Mannheimer Ortsgruppe. Die Tagung der Reichsunion des Verbandes findet am 15. Januar in München statt.

## Gemeinde-Rundschaun

Die Mannheimer Bürgermeistereiwahl. Die Zentrumsfraktion des Bürgerausschusses hat endgültig beschlossen, den Regierungsbaurat Wilhelm Wäcker aus Emmendingen, M. d. L., als Kandidaten für den Bürgermeisterposten vorzuschlagen.

Im Mannheimer Bürgerausschuß wurde mitgeteilt, daß nach Scheitern der für 1929 geplanten großen Ausstellung die zu diesem Zweck gegründete Ausstellungsgesellschaft aufgelöst wurde. Die sämtlichen stadträtlichen Vorlagen wurden genehmigt, vor allem die Übernahme der Wasserwerkverfassung der Stadt Mannheim durch die Wasserwerkgesellschaft Rheinau unter Beschränkung der Zeitdauer auf zunächst drei Jahre. Für die zum Ausbau des Werkes notwendige Anleihe in Höhe von 4,1 Millionen Reichsmark wurde die selbstschuldnerische Bürgschaft der Stadt übernommen. Außerdem wurden rund zwei Millionen Reichsmark an Anleihen bewilligt für die Beschaffung neuer Straßenbahnwagen, für den Ausbau der städtischen Werke usw.

Zum Rücktrittsgesuch des Heidelberger Oberbürgermeisters Prof. Dr. Walz verläutet, daß verschiedentlich berichtet wird, den Oberbürgermeister zum vorläufigen Verbleiben im Amte zu bewegen. Ob sich Dr. Walz dazu bereitfinden wird, oder ob er doch am 1. April aus dem Dienste scheidet, ist noch nicht bekannt.

Zur Heidelberger Theaterfrage. Der Heidelberger Stadtrat hat nunmehr beschlossen, den Vertrag mit dem Intendanten des Heidelberger Theaters Eugen Keller zum Ablauf dieser Spielzeit zu kündigen. Damit ist die Heidelberger Theaterfrage, die sich im wesentlichen um die organisatorischen, weniger um die künstlerischen Fähigkeiten Kellers drehte, zum Abschluß gekommen. Intendant Keller, der das Theater seit Herbst 1926 leitet, wird seinen Posten am 31. Juli d. J. verlassen. Der Posten wird wahrscheinlich nicht ausgeschrieben, da schon eine größere Anzahl von Bewerbungen vorliegen soll. Die Theaterkommission wird dem Stadtrat umgehend Vorschläge zur Neubekleidung des Intendantenpostens unterbreiten. Dem Oberbürgermeister und den in Betracht kommenden städtischen Behörden wurde eine von über 100 angelegenen Einwohnern der Stadt Heidelberg unterzeichnete Eingabe zur Theaterfrage überreicht. In dieser Kundgebung wird verlangt, es möge dem Intendanten Keller Gelegenheit gegeben werden, im Rahmen seines dreijährigen Vertrages seine künstlerischen Pläne ungehindert auszuführen. Im Stadtrat hat sich nur eine geringe Minderheit gegen den Beschluß ausgesprochen. Das „Heidelb. Tagebl.“ bemerkt dazu: „Mit erstem Bedauern wird man in weitesten Kreisen der Einwohnerschaft diese Kunde vernehmen. Wir sind sehr besorgt darüber, daß die Mehrheit des Stadtrates durch ihren Beschluß, die Kündigung des Vertrages sofort zu vollziehen und damit dem kulturellen Ansehen unserer Stadt einen argen Schlag verfehlt hat.“

Schlöß und Silo. Zu den Plänen der Herrenmühle in Heidelberg hat Landtagsabgeordneter Dr. Schmittner an die badische Regierung eine kurze Anfrage gerichtet, worin es heißt: „Ist die bad. Regierung als die berufene staatliche Hüterin des Allgemeininteresses gegenüber dem Sonderinteresse einer einzelnen Unternehmung bereit, die Heidelberger Angelegenheit mit der größten Aufmerksamkeit zu verfolgen, um die drohende Verderbnis eines der berühmten Landschaftsbilder der Erde und die damit verknüpfte schwere wirtschaftliche Schädigung weiter Kreise gegebenenfalls zu verhindern?“

Der Bürgerausschuß Achern beschäftigte sich in einer längeren Sitzung mit einem Vortrage des Einzelhandels-Ortsgruppe Achern um Ausschließung der auswärtigen Händler vom Wochenmarkt. In der Aussprache teilte der Bürgermeister Scherter mit, daß die Eingaben der Achermer Geschäftsleute an auswärtige Gemeindeverwaltungen um Zulassung an deren Wochenmärkten abschlägig beschieden worden seien. Der Antrag auf Abänderung der Wochenmarktordnung für die Stadt Achern dahin, daß für nichtheimische Verkäufer nur noch die in § 66 der Gewerbeordnung bestimmten Gegenstände des Wochenmarktverkehrs zugelassen werden, fand einstimmige Annahme.

Neuer Kurkommissar in St. Blasien. Der Gemeinderat St. Blasien beschloß, als Kurkommissar von St. Blasien und Leiter der Wetter- und Sonnenwarte Heim; Lohmeyer festzustellen.

Die Einwohnerzahl von Schönau hat sich im Jahre 1927 gegenüber dem Vorjahr wiederum etwas vermindert; wie überhaupt in den Gemeinden des hinteren Wiesentals infolge der Prolage der Landwirtschaft eine stete Abwanderung zu verzeichnen ist. Während Schönau 1926 noch 1841 Einwohner aufwies, verzeichnet es 1927 1820 Einwohner.

## Erfolge der Kindererholungsheime

Die Stadtschularzstelle Mannheim hat einen interessanten Versuch gemacht, die erfolgreiche Wirksamkeit der Erholungsheime von Kindern in Erholungsheime zahlenmäßig festzustellen. Sie führt, wie die „Soziale Praxis“ berichtet, jährlich über 8000 Kinder im Alter von 1 bis 18 Jahren der Erholungsfürsorge zu und konnte hierbei regelmäßig gute Erfolge erzielen. Die Kinder werden unmittelbar vor Antritt der Erholungsreise, nach der Rückkehr und drei Monate nach Ablauf der Kur ärztlich untersucht. Im Jahre 1926 wurden z. B. von rund 800 Kindern 591 in auswärtige Erholungsheime und 207 Kinder in örtliche Erholungsheime in der Industriestadt Mannheim selbst gegeben. In allen Fällen dauerten die Erholungskuren sechs Wochen. Bei der örtlichen Erholungsheime hatten nach Abschluß der Kur nur etwa die Hälfte der Kinder Entwicklungsfortschritte an Größe und Gewicht erzielt, bei den Verhinderungskuren dagegen gegen 70 Prozent. Der Prozentsatz der völligen Besserung betrug bei den Erholungskuren am Orte selbst etwa 17 Prozent, bei den Verhinderungskuren nur 5 Prozent. Ein etwas anderes Bild ergab sich bei den Untersuchungen, die erst drei Monate nach der Rückkehr vorgenommen wurden; aber auch hier erwies sich der Erfolg der auswärtigen Erholungskuren als größer. Die Untersuchung zeitigte das Ergebnis, daß sowohl der Kurerfolg als auch die Dauerwirkung der Erholungsheime am Orte selbst hinter denen der Verhinderungskuren beträchtlich zurückblieb. Es wird betont, daß auch die örtliche Erholungsheime in Mannheim allen billigen Anforderungen entsprochen hat. Ungünstig wirkte bei ihr die nicht völlige Beseitigung aus dem Milieu und die geringere Reizwirkung. Als der Verhinderung gleichwertig kann die örtliche Erholungsheime nur für die vor- und nachschulischen Kinder und die jüngeren Schulkinder angesehen werden, namentlich, da es immer noch an geeigneten auswärtigen Heimen für die Unterbringung solcher jüngeren Kinder mangelt.

## Aus der Landeshauptstadt

Zum Brand im Ausbesserungswerk. Der Betrieb der Refschmiede wurde heute in beschränktem Umfang wieder aufgenommen. Ausgebrannt ist der mittlere Teil des etwa 100 Meter langen Werkstättengebäudes, ferner ein großer Teil des Dachstuhles. Der Schaden wird auf etwa 15 000 Reichsmark geschätzt. Das Feuer war durch den herrschenden Sturm in seiner raschen Ausbreitung begünstigt worden. Aber die Ursache konnte noch nicht festgestellt werden.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Am Südwestrand des nördlichen Sturmwehls hat sich über Nacht erneut ein großes Sturmgebiet entwickelt, das heute früh die britische Inseln von Nordfrankreich und Nordsee umfaßt und sich rasch ostwärts ausbreitet. Der Eintritt stürmischer Luftbewegung wird von stärkerer Erwärmung begleitet sein. — Prognose: Starke bis stürmische südwestliche bis westliche Winde, Regenfälle, erheblich milder, auch im Gebirge.

## Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Bruchsal, 6. Jan. Das hiesige Schloss, ein Juwel des Barock, wurde im verflorenen Jahre von rund 18 000 Personen besucht, das sind gegen 1926 etwa 100 mehr.

D3. Vom Felsberg, 5. Jan. Die Schneefälle, die gestern Abend im südlichen Schwarzwald einsetzten, haben den ganzen Tag über fast ununterbrochen angehalten. Die Schneedecke auf dem Felsberg beträgt etwa 15–20 Zentimeter, während sie in den tieferen Lagen, wo die Vernehlungen nicht so stark sind, eine Höhe von 20–30 Zentimeter erreicht. Es schneit noch weiter. Die Elbahn kann als gut bezeichnet werden. Es ist eine gefrorene Decke, teilweise verharzter und teilweise Pulverschnee, der auf den Höhen etwas verweht ist, vorhanden.

D3. Singen, 5. Jan. An einem unbewachten Bahnübergang der Strecke Mielchingen-Singen fuhr heute Vormittag ein Güterzug auf einen Automobellwagen der hiesigen Expositionsfirma A.G. normals Seegmüller & Co. Der Automobellwagen wurde von der Maschine erfasst, umgeworfen, und 50 Meter weit geschleift. Auf dem Auto befanden sich fünf Personen, von denen der Chauffeur Verletzungen am Bein erlitt, während die übrigen wunderbarerweise mit dem Schrecken davontamen. Das Automobil wurde vollkommen zerstört.

D3. Stuttgart, 6. Jan. Wie schon kurz berichtet, hat sich der Mörder Schüller am Donnerstag früh am Jellensfenster erhängt. Schüller hat einen Zettel hinterlassen, aus dem hervorgeht, daß er den Tod gesucht hat, weil seine Frau ihm wegen seiner Mordtat immer wieder bittere Vorwürfe gemacht und schließlich Ehescheidung beantragt hatte. Die Gefängnisverwaltung hat mit der Möglichkeit eines Selbstmordes Schüllers von Anfang an gerechnet und immer darauf gesehen, daß ein zweiter Gefangener in seiner Zelle ist. Es haben sich dabei mehrmals Schwierigkeiten herausgestellt, da nicht leicht ein Gefangener zu finden war, der sich bereit erklärte, Jellensfenster von Schüller zu werden.

D3. Landau, 6. Jan. In der letzten Zeit wurde hier wiederholt beobachtet, daß sich junge Deutsche mit irgendeinem Papier bei französischen Dienststellen meldeten. Durch Zufall konnte aus ihren Äußerungen entnommen werden, daß es sich um junge Leute handelte, die für die Fremdenlegion geworben und von Werbemännern mit Geleitpapieren nach dem hiesigen Fremdenlegionslager geleitet werden, von wo aus der Transport nach der Fremdenlegion erfolgt. Entgegen früheren Wahrnehmungen erfolgt der Transport nicht mehr truppweise, sondern unauffällig Mann für Mann. Durch diese Beobachtung wurde Landau als neuer Sammelpunkt für die Fremdenlegion festgestellt.

**Börsen und Märkte**

**Wochenrückblick nach dem Stand vom 5. Januar**  
**Börse:** Das neue Jahr eröffnete an der Börse mit fester Tendenz. Die glatte Erledigung des recht schwierigen Jahresultimos regte an. Man erwartet eine baldige Entspannung des Geldmarktes und weitere Zuflüsse von Auslandsanleihen im neuen Jahr. Außer der Spekulation war auch das Bankpublikum, das in den letzten Tagen die Zins- und Auszahlungsbeträge erhalten hatte, sehr stark am Markt. Das Anstücken der Arbeitslosenziffer blieb auf die Tendenz ohne Einfluss. Im Vordergrund des Interesses standen Montan- und Metallwerte. Die übrigen Werte, vor allem Bankaktien und Elektrowerte, deren Kurse von der internationalen Spekulation schon sehr weit heraufgehoben worden waren, blieben unverändert. Gegen Wochenschluss zeigte sich dann wieder Entlastungsbedürfnis, da sich ergab, daß das Publikum trotz der Anregung des Geschäftes und der Steigerung der Kurse sich nicht in größerem Maße für das Effektengeschäft interessierte und sich mehr zurückzieht. Die Rückgänge hielten sich aber in engen Grenzen.

**Der Geldmarkt** hat dank der umfassenden Vorbereitungen den Jahresabschlusstermin verhältnismäßig glatt überwunden. Neben den Ansprüchen der Wirtschaft war auch der behördliche Geldbedarf für Besoldungszulagen, Auslosungsrechte und Vorzugskonten sehr erheblich. Die Beanspruchung der Reichsbank zum Jahresende zeigte eine Rekordbelastung. Die Wechsel gingen um über 700 Millionen auf 8900 Millionen. Auch sind über 500 Millionen neue Reichsbanknoten in den Verkehr geflossen. Inzwischen ist bereits eine fühlbare Entlastung am Geldmarkt eingetreten. Namentlich der Tagesgeldmarkt ist sehr flüssig und die Zinssätze wurden auf ihr früheres Niveau herabgesetzt. Monatsgeld umsatzlos. Der Privatdiskont wurde von 7 auf 6 1/2 Proz. herabgesetzt. Die Banken bringen bereits ihre für die Jahresabschlussbilanz beschafften Gelder wieder an den Markt. Für den Januar rechnet man mit einer weiteren erheblichen Entlastung.

**Warenmarkt:** Raum ist das Weihnachtsgeschäft vorbei, so beginnen in den Geschäften die großen Inventurausverkäufe. Die Preisbewegung blieb weiter in Fluß; doch hielten sich die Ab- und Aufschläge nahezu die Waage. Die Konsumstatistik, ein deutlicher Gradmesser für die Wirtschaftslage, zeigt im Jahr 1927 eine beträchtliche Abnahme gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der Konturte ist von 11 701 im Vorjahr auf 5613 und die Zahl der Vergleichsverfahren (Geschäftsaufsichten) von 7916 im Jahre 1926 auf 1355 im Jahre 1927 zurückgegangen.

**Handel und Wirtschaft**

**Berliner Fevisnotenierungen**

	6. Jan.		5. Jan.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.11	169.45	168.98	169.32
Kopenhagen 100 Kr.	11.235	112.57	112.25	112.47
Italien . . . 100 L.	22.145	22.185	22.14	22.18
London . . . 1 Pf.	20.446	20.386	20.43	20.47
Newyork . . . 1 D.	4.181	4.199	4.185	4.1965
Paris . . . 100 Fr.	16.485	16.525	16.475	16.515
Schweiz . . . 100 Fr.	80.855	81.015	80.875	81.035
Wien 100 Schilling	59.172	59.292	59.16	59.28
Prag . . . 100 Kr.	12.42	12.44	12.412	12.432

**Badische Lichtspiele**  
**KONZERTHAUS**  
 Samstag, den 7., Montag, den 9., Mittwoch, den 11. und Donnerstag, den 12. Januar, 20,15 Uhr  
 Samstag und Mittwoch auch 18 Uhr  
 Sonntag, 8. Januar, nur 18 Uhr  
**Erstaufführung**  
**Milak der Grönlandjäger**  
 Ein Drama aus dem Leben der Polarforscher  
 Musikbegleitung: Polizeikapelle  
 Kartenvorverkauf, Preise und Ermäßigungen wie üblich  
 5.27

**Gemeinde-Sparkasse Stupferich.**  
**Bilanz auf 31. Dezember 1926.**

Vermögen:		Verbindlichkeiten:	
	RM		RM
1. Kassenbestand	2 801,14	1. Spareinlagen	39 312,39
2. Guthaben bei Banken u. Girozentrale	4 136,65	2. Anlehenskapitalien	25 000,—
3. Darlehen auf Hypothek	30 116,—	3. Aufwertungsfond	562,30
4. Darlehen a. Schuldchein	22 085,—	4. Reingewinn vom Jahre 1926	2 418,90
5. Darlehen a. Grundstücke	5 336,—		
6. Einnahme-Rückstände	2 703,08		
7. Gerätschaften	115,62		
	67 293,40		67 293,49

**Berechnung der Rücklage.**  
 Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
 8% aus 39 312,39 RM = 3 144,99 RM  
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926 . . . 2 418,80 RM  
 Somit weniger . . . . . 726,19 RM  
 Stupferich, den 15. Dezember 1927. M.249  
**Der Vorsitzende des Verwaltungsrates:** Dehn, Bürgermeister.  
**Der Geschäftsleiter:** J. Pfisterer.

**Nehmen Sie** bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“.

**Der Londoner Feingoldpreis.** Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 3. Januar 1928 beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 10 1/2 d. bzw. für ein Gramm Feingold 32,7375 pence.  
**Umschlagssiffern im badischen Badener Rheinhafen.** Der Umschlag im Badener Rheinhafen für das Jahr 1927 zeigt die Rekordziffer von 789 840 Tonnen gegenüber 273 290 Tonnen im Jahre 1926.

**Badisches Landestheater**

Spielplan vom 7. Januar bis 17. Januar 1928

**a) Im Landestheater:**  
**Samstag, 7. Jan. Nachmittags:** Die Reise ins Schlaraffenland. Märchendichtung von Mr. v. d. Trend. 15 bis g. 17. (3.—) Abends: \* C 13. Th.-Gem. 3. S.-Gr. (1. Hälfte), Zum Gedenken der Uraufführung vor 75 Jahren: Neueinstudiert: Die Journalisten. Lustspiel von Freitag. 19 1/2 bis 22 1/2. (5.—)  
**Sonntag, 8. Jan. Nachmittags:** Max und Moritz. Ein Dudenstück nach W. Busch von Günther. Hierauf: Die Puppenfee. Ballett von Bayer. 15 bis n. 17. (3.—) Abends: \* A 14. Die verkaufte Braut. Komische Oper von Smetana. 19 1/2 bis n. 22. (8.—)  
**Montag, 9. Jan. Th.-Gem. 301-400 und 2. S.-Gr. 5. Sinfoniekonzert.** Solist: Alfred Saal. 20-22. (4.—)  
**Dienstag, 10. Jan. \* G 14. R.-B. S.-Gr. Der Freischütz.** Oper von Weber. 19 1/2 bis 22 1/2. (7.—)  
**Mittwoch, 11. Jan. 5. Vorstellung der Schülermiete: Macbeth.** Trauerspiel von Shakespeare. Plätze vom 2. Rang an aufwärts sind für den allgemeinen Verkauf freigegeben. 18 1/2 bis 21 1/2. (5.—)  
**Donnerstag, 12. Jan. Volksbühne 5. Der Gladiators.** Lustspiel von Ridel. Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben. 19 1/2 bis g. 21 1/2. (5.—)  
**Freitag, 13. Jan. \* F 15 (Freitagmiete).** Th.-Gem. 1-100 und 3. S.-Gr. (2. Hälfte). Die Journalisten. Lustspiel von Freitag. 19 1/2 bis g. 22 1/2. (5.—)  
**Samstag, 14. Jan. \* B 14. Th.-Gem. 1. S.-Gr. Neueinstudiert: La Traviata.** Oper von Verdi. 20 bis g. 22 1/2. (7.—)  
**Sonntag, 15. Jan. Nachmittags:** 3. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige: Der fliegende Holländer. Oper von Wagner. 15 bis 17 1/2. (4.—) Abends: \* E 14. Cavalleria rusticana. Melodrama von Mascagni. Hierauf: Der Bajazzo. Musikdrama von Leoncavallo. 19 1/2 bis n. 22. (8.—)  
**Montag, 16. Jan. Volksbühne 5. Der Gladiators.** Lustspiel von Ridel. Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben. 19 1/2 bis g. 21 1/2. (5.—)  
**Dienstag, 17. Jan. \* A 15. Th.-Gem. 101-300. Das vierte Gebot.** Volksstück von Anzengruber. 20 bis g. 22 1/2. (5.—)  
**b) Im Städt. Konzerthaus:**  
**Sonntag, 8. Jan. \* Spiel im Schloß.** Anekdote von Molnar. 19 1/2 bis 21 1/2. (4.—)  
**Dienstag, 10. Jan. Gastspiel des Elfsässischen Theaters Karlsruhe:** 8. Festament. Volksstück von Greber. 20 bis 22 1/2. (3.50).  
**Sonntag, 15. Jan. \* Zum erstenmal: Der Feger.** Kriminalstück von Wallace. 19 1/2 bis 22. (4.—)

**c) In der Städt. Festhalle:**  
**Montag, 16. Jan. 4. Volks-Sinfoniekonzert.** Leitung: Rudolf Schwarz. Solist: Josef Weisger. 20 bis 22. (3.—)  
 Umtausch für Inhaber von Blockheften Samstag nachmittags 15 1/2-17 Uhr. Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.  
 Die am 1. Januar bereits fällig gewesene Rate für Sinfoniekonzerte möge umgehend an der Vorverkaufsstelle des Landestheaters einbezahlt werden.

**Kartenvorverkauf:** Vorverkaufsstelle des Badischen Landestheaters Tel. 6228. In der Stadt: Hauptverkaufsstellen: Musikalienhandlung Fritz Müller, Ecke Kaiser- und Kaiserstraße, Tel. 388, und Auskunftsstelle des Verkehrsvereins, Kaiserstraße 141, Tel. 1420. — Weitere Verkaufsstellen: Musikalienhandlung Fr. Brunnert, Kaiserallee 29, Tel. 4351, und Kaufmann Karl Holzschuh, Werderplatz 43, Tel. 503.  
**Mittwoch, 25. Jan. Einmaliges Gastspiel Habima „Dybut“.**

**Staatsanzeiger**

Dem Landesverband der Kinderreichen Württemberg wurde die Erlaubnis zum Losertrieb in Baden erteilt. Karlsruhe, den 3. Januar 1928.  
 Der Minister des Innern:  
 J. V. Föhrenbach

**Personeller Teil**

**Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten**

**Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern**

**Ernannt:**  
 Kriminalkommissar Jakob Wehler in Heidelberg zum Kriminalinspektor dafelbst.

**Justizministerium**

**Ernannt:**  
 Die Oberstaatsanwälte Eduard Link in Heidelberg und August Wehl in Karlsruhe zu Landgerichtsdirektoren ersterer in Mannheim, letzterer in Karlsruhe; die Ersten Staatsanwälte Dr. Franz Weinsheimer in Forzheim und Alfred Burger in Lörrach zu Oberstaatsanwälten, ersterer in Karlsruhe, letzterer in Mosbach, Landgerichtsrat Adolf Groß in Mosbach zum Amtsgerichtsrat in Freiburg, Regierungsmedizinalrat Dr. Walter Ernst in Hochweilshausen zum Medizinalrat an den Strafanstalten in Bruchsal.

**Berufen:**  
 Oberstaatsanwalt Dr. Wilhelm Haas in Mosbach nach Heidelberg, Obermedizinalrat Dr. Paul Hiffel bei den Strafanstalten in Bruchsal zum Landesgefängnis Freiburg, Justizassistent Julius Gräfin beim Notariat Forzheim zum Notariat Madolfzell, Kreisassistent Alfons Weindel beim Notariat Bruchsal zum Amtsgericht dafelbst.

**Verstarben:**  
 Vermessungsrat Egon Krauth in Mannheim, Oberrechnungsrat Friedrich Reicher bei der Wasser- und Straßenbauverwaltung, Bauinspektor a. D. Wendelin Schuler in Offenburg, Oberpflegerin Ida Erdich bei der Heil- und Pflegeanstalt Illenau.

**Karlsruher Zeitung**  
**Badischer Staatsanzeiger**

offizielles Organ der badischen Regierung  
 Über den ganzen Freistaat Baden verbreitet  
 Von sämtlichen Staats- und Gemeindebeamten, in Industrie-, Handels- und Gewerbezirken gelesen  
**Anzeigen aus Industrie, Handel und Gewerbe sind deshalb von ganz besonderer Wirkung**  
**Geschäftsstelle:**  
 Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 14  
 Telefon 952, 953, 954

**Zulassung des Heinrich Bierbräu**  
 hier als Auswanderungsagent für die Deutsche Ostafrika-Linie.

Der Kaufmann Heinrich Bierbräu, wohnhaft Kaiserstraße 215 hier, Inhaber der Firma G. B. Hiele, wurde heute die Erlaubnis erteilt, bei der Beförderung von Auswanderern nach außerdeutschen Ländern als Agent für die Deutsche Ostafrika-Linie in Hamburg durch Vorbereitung und Vermittlung von Überfahrtsverträgen mit Auswanderern gewerbsmäßig mitzuwirken, die festgesetzten Anzahlungen von Fahrgebelden entgegenzunehmen und darüber vorgeschriebene Empfangsbefcheinigungen zu erteilen.  
 Die Erlaubnis berechtigt zum Geschäftsbetrieb im Amtsbezirk Karlsruhe.

Karlsruhe, den 4. Januar 1928. D. 3. 1  
 Badisches Bezirksamt — Polizeidirektion.

M.257. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Konstantin Berger in Karlsruhe wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.  
 Karlsruhe, 27. Dez. 1927. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 1.  
 M.262. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Hörst, Fabler u. Co., Inhaber Hugo Hörst, Kfm. in Karlsruhe, Großkücheneinrichtung, Markgrafenstraße, ist zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen Termin bestimmt auf: Mittwoch, den 25. Januar 1928, vormittags 9 1/2 Uhr, vor dem Amtsgericht. III. Stod, Zimmer 246.  
 Karlsruhe, 30. Dez. 1927. Amtsgericht.

**Bienen-Honig**

gar. naturr. (amtlich untersucht), allerfeinste helle Auslese, liefert als anerkannt gut und reell in Eimern zu 5 und 10 Pfd. 7,30 und 13 RM. frko. Nachnahme. Postcheckkonto Nr. 19 652 Stuttgart.

**Gottlieb Schneider Schopfloch**  
 (württbg. Schwarzw.)

**Badisches Landestheater**

Samstag, 7. Januar 1928  
 Nachmittags 15 Uhr

**Die Reise ins Schlaraffenland**

von Ulrich von der Trend  
 In Szene gesetzt vom Autor  
 Heinz Schulz-Weiden  
 Hanna Quaiser  
 Mutter Frauenborjer  
 Lante Riegler  
 Silpfit Rademacher  
 Wind Gemmede  
 König vom Schlaraffenland  
 Herz  
 Königin  
 Reinath  
 Brand  
 Müller  
 Hofmarschall  
 Mühsiggang  
 Schellenberger  
 Hunger  
 Prüler  
 Krieg  
 Vater Friede  
 Mutterarbeit  
 Lante Genügsam  
 Riegler  
 Silber  
 Ehrlich  
 Flehlig  
 Freude  
 Sauber  
 Ordnung  
 Sicher  
 Rau  
 Schlaf  
 Traum  
 Kammer-  
 frauen  
 Lautenschläger  
 Schneider  
 Wödel  
 Reiner  
 Nietens  
 Ermarth  
 Willer  
 Genter  
 Lautenschläger  
 Tänze: Edith Violefeld  
 Anfang 15  
 I. Rang und I. Speerfisch 3 RM.

Abends  
 \* C 13 Th.-Gem. 3. S.-Gr. (1. Hälfte)  
 Zum Gedenken der Uraufführung vor 75 Jahren  
 Neu einstudiert:

**Die Journalisten**

von Freitag  
 In Szene gesetzt von  
 Felix Baumbach

Berg  
 Ida  
 Adelheid  
 Emden  
 Prof. Oldendorf  
 Conrad Holz  
 Belmaus  
 Kämpfe  
 Körner  
 Buchdrucker  
 Henning  
 Prüler  
 Müller  
 Ctholt  
 Blumenberg  
 Gemmede  
 Brand  
 Piepenbrink  
 Herz  
 Lotte  
 Verta  
 Meinmichel  
 Schneider  
 Schmidt-Rehler  
 Justizrat Schwarz  
 v. d. Trend  
 Ermarth  
 Höder  
 Rame  
 Reinath  
 Wehner  
 Anfang 19 1/2, Ende geg. 22 1/2  
 I. Rang und I. Speerfisch 5 RM.

So. 8. Jan. nachmittags  
 Max und Moritz. Hierauf:  
 Die Puppenfee. Abends:  
 Die verkaufte Braut. Im  
 Konzerth. : Spiel im Schloß  
 Mo. 9. Jan.  
 5. Sinfoniekonzert

**COLOSSEUM**  
 Waldstraße 16  
 Telefon 5599

Täglich ab 8 Uhr  
 Sonn- und feiertags 4 u. 8 Uhr

**REVUE**  
**Wien**  
**und die**  
**Wiener**

Abends  
 \* C 13 Th.-Gem. 3. S.-Gr. (1. Hälfte)  
 Zum Gedenken der Uraufführung vor 75 Jahren  
 Neu einstudiert:  
 Die Journalisten  
 von Freitag  
 In Szene gesetzt von  
 Felix Baumbach  
 Berg  
 Ida  
 Adelheid  
 Emden  
 Prof. Oldendorf  
 Conrad Holz  
 Belmaus  
 Kämpfe  
 Körner  
 Buchdrucker  
 Henning  
 Prüler  
 Müller  
 Ctholt  
 Blumenberg  
 Gemmede  
 Brand  
 Piepenbrink  
 Herz  
 Lotte  
 Verta  
 Meinmichel  
 Schneider  
 Schmidt-Rehler  
 Justizrat Schwarz  
 v. d. Trend  
 Ermarth  
 Höder  
 Rame  
 Reinath  
 Wehner  
 Anfang 19 1/2, Ende geg. 22 1/2  
 I. Rang und I. Speerfisch 5 RM.